

Politischer Jahresbericht

China 2005/2006



China

Projektkooperationsbüro Peking, Juli 2005-Juli 2006

Klaus Beck

Projektkooperationsbüro der Heinrich-Böll-Stiftung
mit der China Association for NGO Cooperation, CANGO
15 Zhongmao Hutong, Zhaodengyu Road
Xicheng District
100035 Beijing
Leitung: Katrin Altmeyer
Fon/Fax: +86-10-66154615
E-Mail: katrin@hbfasia.org
Homepage: <http://www.boell-china.org/>

Inhalt

| | |
|---|---|
| Zusammenfassung..... | 2 |
| 1. Außenpolitik..... | 2 |
| 2. Wirtschafts- und Sozialpolitik | 3 |
| 3. Zivilgesellschaft und Rechtsstaat..... | 4 |
| 4. Umwelt- und Energiepolitik..... | 5 |
| Ausblick | 6 |

Zusammenfassung

Das nach wie vor bemerkenswerte Wirtschaftswachstum, der neue Fünfjahresplan mit seinen ehrgeizigen umweltpolitischen Zielen und der Staatsbesuch Hu Jintaos in den USA prägten die vergangenen 12 Monate chinesischer Politik und spiegeln die zunehmende internationale Bedeutung des Landes wieder. Der USA-Besuch Hu Jintaos im Frühjahr 2006 verdeutlichte das gespannte Verhältnis zwischen den beiden Großmächten. Während des Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel im Mai 2006 in Peking zeigte sich eine neue Hinwendung zu einer gemeinsamen transatlantischen Politik gegenüber China.

Die neue Großmacht hat jedoch mit internen Problemen zu kämpfen: insbesondere die Folgen ungleicher Verteilung der Früchte des Wirtschaftsbooms, sowie die voranschreitende Umweltzerstörung verschärfen sich zusehends.

Das Wirtschaftswachstum Chinas besticht auch im Berichtszeitraum durch beeindruckende Raten. Im neuen Fünfjahresplan der Regierung lässt sich allerdings eine deutliche Abkehr von überholten Wachstumsmustern erkennen. Die Absicht, gerechter und nachhaltiger zu wirtschaften, droht indes an systemischen Problemen zu scheitern. Letztere zeigen sich insbesondere im Ausmaß der Korruption in China. Neben Umweltproblemen weist der UN-Bericht zur Erfüllung der Millennium Development Goals auf Probleme in den Bereichen HIV/AIDS und Gender hin. Während das WTO-Ministertreffen in Hongkong weitgehend ergebnislos verlief, bemüht sich die VRC um eine weitgehende Einhaltung seiner WTO-Verpflichtungen.

Die rechtsstaatliche Entwicklung wird zügig vorangetrieben und entspricht den Vorgaben des 11. Fünfjahresplans. Neben einer immer lückenloseren Gesetzgebung ist die Reform von Justiz und Verwaltung von herausragender Bedeutung. Nichtsdestotrotz sind auch hier die Erfolgsaussichten begrenzt, da sich die fehlende historisch gewachsene Verbindung von Rechtsstaat und Demokratie negativ auf die Rechtsdurchsetzung auswirkt. Defizite finden sich daneben insbesondere bei der mangelnden Beachtung der Menschenrechte und einer wirksamen Interessenvertretung der Zivilgesellschaft.

Die katastrophalen Umweltschäden reduzieren mittlerweile das jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts um 10%. Das zögerliche Umdenken hat sich bislang nicht in wirksamen Politiken niedergeschlagen; umweltpolitische Ansätze stehen im Widerspruch zur geltenden Wachstumsmaxime und sind nur vereinzelt zu erkennen. Knappen Energieressourcen begegnet die VRC mit einem nachhaltigen Energiemix und langfristigen Importvereinbarungen.

1. Außenpolitik

Eine herausragende Bedeutung kam dem USA-Besuch von Staatspräsident Hu Jintao im April 2006 zu. Die im Vorfeld und während des Besuchs auftretenden Unstimmigkeiten in Form einer vermeintlichen Protokollmissachtung und von Menschenrechtsprotesten spiegeln das ambivalente Verhältnis beider Regierungen zueinander wieder. Der wechselseitigen Abhängigkeit bewusst, ist man grundsätzlich sehr um Kompromisse bemüht. Allerdings entwickeln sich in den USA angesichts eigener Probleme wie des stetig wachsenden Handelsbilanzdefizits Befürchtungen hinsichtlich von Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

Weiterhin gibt der kontinuierlich steigende Verteidigungshaushalt der VRC Anlass zu sicherheitspolitischen Bedenken. Hatte sich das Klima 2003 noch vor dem Hintergrund des Irakkonflikts deutlich entspannt, so scheint es der US-Regierung seit 2005 zunehmend schwerer zu fallen, protektionistische Forderungen verschiedener Lobbys zu ignorieren. Dies wird insbesondere an der Auseinandersetzung über Menschenrechtsfragen deutlich: Men-

schensrechtsverletzungen erfahren wieder verstärkt Beachtung und fanden sogar beim Besuch Hus im April Erwähnung. Die VRC gewinnt indessen weiter an Selbstbewusstsein und forciert von sich aus einen scheinbar offeneren Umgang mit konfliktträchtigen Themen. So hat die Regierung im letzten Jahr Weißpapiere zu den Themen Demokratie und Menschenrechte, zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und Rüstungskontrolle und zur Umweltzerstörung veröffentlicht.

Im Sicherheitsrat hat sich China in seiner Iran-Politik bislang nicht von seinen energiepolitischen Interessen abbringen lassen - wie im Irak sind auch in Iran beträchtliche langfristige Investitionen getätigt worden.

Für Irritationen in den taiwanesisch-chinesischen Beziehungen sorgte zu Beginn des Jahres die Regierung in Taipeh durch die Auflösung des - nur symbolisch existierenden - Rates zur Wiedervereinigung mit dem Festland. Zudem strebt die Regierung eine aktive Kontrolle taiwanesischer Investitionen auf dem Festland an, um einer unumkehrbaren Abhängigkeit mit dem Festland zu ent-

kommen. Beide Vorgänge dürften allerdings mit der erwarteten Ablösung des Präsidenten Chen Shuibians und seiner Partei bald hinfällig werden.

Der kurze Antrittsbesuch von Kanzlerin Merkel in China im Juni 2006 wurde in Peking insgesamt positiv aufgenommen. Kurz zuvor war die Kanzlerin in Washington gewesen, und hatte ganz offensichtlich von dort die Anregung mitbekommen, einen Vertreter der freien katholischen Kirche zu besuchen. In der deutschen Außenpolitik lässt sich insofern - unter Wahrung der guten freundschaftlichen Beziehungen mit China - eine Rückwendung zu transatlantischen Werten und eine größere Umsicht im Umgang mit der VR China beobachten.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Trotz eines anhaltend hohen Wachstums (10,2 % im ersten Quartal 2006) scheint sich das Investitionsklima in der VRC insgesamt etwas abzukühlen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine sukzessive Verstaatlichung von Schlüsselindustrien wie Kohle, Öl und Stahl, meist unter dem Vorwand der Ressourcen- und Arbeitsplatzsicherung. Bei der Erfüllung der Millennium Development Goals ist China nach einer Einschätzung der UNO von 2006 bis auf die Bereiche HIV/AIDS, Umwelt und Gender auf gutem Wege. Gleiches kann man durchaus auch von der Einhaltung und Umsetzung der WTO-Regeln sagen, allerdings nicht ohne Einschränkungen. Letztere betreffen hauptsächlich die Einhaltung von Markenrechten sowie Rechten geistigen Eigentums (TRIPS), verwaltungsrechtlichen Normenwildwuchs, unlautere Wettbewerbsvorteile durch den erwähnten staatlichen Schutz von Schlüsselindustrien und relativ hohe Marktbarrieren in einzelnen Sektoren.

Auf dem 6. WTO-Ministertreffen im Dezember 2005 in Hongkong verhielt sich China wie gewohnt zurückhaltend und bemühte sich, seiner antizipierten Rolle als ehrlicher Makler zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern gerecht zu werden. Die Hongkonger Sicherheitskräfte zeigten indessen ebenso große Zurückhaltung wie Effizienz.

Von größerer innenpolitischer Bedeutung im Berichtszeitraum war die Verabschiedung des elften Fünfjahresplans bis 2010 i. Der neue Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sieht vor, Chinas Wachstumskonzept grundlegend zu verändern: Künftig soll Qualität statt Quantität die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen; auch wird ausdrücklich eine gerechtere Einkommens- und Güterverteilung auf die Gesamtbevölkerung angestrebt wird. Auf diese Weise sollen die ökologischen und sozialen Kosten des ungebremsten Wachstums stärker berücksichtigt werden. Erstmals nehmen Themen wie Gesundheitsversorgung, Umweltschutz und

Energiemanagement einen zentralen Stellenwert ein. Acht der im Plan aufgeführten 22 Punkte betreffen natürliche Ressourcen, weitere acht die öffentliche Versorgung und das Leben der Bürger, während nur zwei das Wirtschaftswachstum und vier das Wirtschaftssystem behandeln. Damit vollzieht sich gleichzeitig ein Paradigmenwechsel von der wenig egalitären Politik Jiang Zemins, die noch wesentlich von der Aufbaupolitik Deng Xiaopings geprägt war, zu einer Politik der gerechten Verteilung, die nun wieder verstärkt unter formal-sozialistischen Vorzeichen steht. Das Primat hohen Wirtschaftswachstums wird damit keineswegs aufgegeben, allerdings bemüht man sich um eine problemorientierte reaktive Ausdifferenzierung.

Die Regierung kann damit eine erhebliche Aufwertung ihrer Legitimität verbuchen, auch wenn bislang noch keine sichtbaren Erfolge zu verzeichnen sind. Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Bemühungen erscheinen mittlerweile vor allem politische Reformen. Dazu gehören der Aufbau eines Rechtsstaates, aber auch institutionelle Veränderungen innerhalb der Regierung. Auch dies kommt im elften Fünfjahresplan deutlich zum Ausdruck, wenn von veränderten Regierungsaufgaben als Voraussetzung für weitere Reformen die Rede ist. Gemeint sind hier verschiedene Aspekte des Wirtschaftslebens, in denen der Wandel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft noch nicht vollzogen wurde. Tatsächlich offenbart sich jedoch bereits hier, wie sehr die Zentralregierung auch in anderen Bereichen auf ein unabhängiges Rechtssystem und zivilgesellschaftliche Kontrolle angewiesen ist, um ihre Bemühungen durchzusetzen. Denn meist sind die Profiteure der Missstände gerade unter den Angestellten der verschiedenen Regierungsebenen zu finden. Nach konservativen Schätzungen der Weltbank gehen dem chinesischen Staat jährlich 13% des Brutto-sozialprodukts durch Korruption verloren. Zyniker mögen insofern annehmen, dass die hochgesteckten Ziele bloße Lippenbekenntnisse sind. In diesem Falle wären systemische Veränderungen freilich nicht notwendig. Ein kritischer Blick auf die mangelhafte Umsetzung des letzten Fünfjahresplans könnte eine solche Vermutung nahe legen: In den Bereichen Energieverbrauch, Landnutzung, Umweltschutz, Forschung und Bildung konnte der Plan nicht erfüllt werden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist durch Bauvorhaben geschrumpft und der Energieverbrauch lag um 27 Prozent über den Zielvorgaben. Auch der Schadstoffausstoß konnte nicht reduziert werden, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung blieben hinter den Vorgaben zurück und eine für 2005 vorgesehene Gesundheitsreform ist komplett gescheitert. Gerade letzteres ist insbesondere angesichts rapide zunehmender Umweltkrankheiten fatal (s.u.4.). Ein Blick auf die den Plan begleitenden gesetzgeberische Maßnahmen legt hingegen eher den Schluss nahe, dass die in ihm niedergelegten Absichten ernst gemeint sind (s.u.2.).

Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Stiftung hat während des Berichtszeitraums Fortbildungen für weibliches Führungspersonal in Henan und Shanxi sowie Frauenberatungszentren in Peking und Tianjin unterstützt. Anlässlich des WTO-Ministertreffens in Hongkong wurden zehn Veranstaltungen durchgeführt. So wurde unter anderem das Thema der Beziehungen zwischen China und Entwicklungsländern am Beispiel Mexikos behandelt. Das Buch „Questioning Globalization“ wurde 2005 ins Chinesische übersetzt und Ende des Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Autor des Buchs, Kavaljit Singh, diskutierte mit Experten und Studenten über die Wahrnehmung und Bedeutung der Globalisierung in China.

3. Zivilgesellschaft und Rechtsstaat

Der Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaats kann zugleich als notwendiges Mittel und als Maßstab für die Transformation Chinas bezeichnet werden. Bei diesem Vorhaben wird längst anerkannt, dass es eine grundlegende neue Definition des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger impliziert. Darin ist zwar noch keine Abkehr vom überkommenen paternalistisch-autoritären Staatsaufbau zu erkennen, immerhin geht es aber um eine verstärkte Kontrolle staatlichen Handelns bei gleichzeitigem Schutz bürgerlicher Rechte. Ein wesentlicher Baustein hierbei ist die Reform des Verwaltungssystems. Nach einem Verwaltungsstrafgesetz und dem Verwaltungserlaubnisgesetz von 2004 wurde 2006 ein Entwurf für ein Verwaltungszwangsgesetz vorgelegt. Damit sollen sämtliche bisher nach der Willkür der Behörden erfolgten Verwaltungsakte (einschließlich beträchtlicher geldwerter Vorteile) einheitlichen und objektiv nachprüfbareren Vorgaben unterstellt werden.

Als revolutionär kann das nach zwanzigjähriger Beratungszeit Ende 2005 verabschiedete Gesetz für Staatsbedienstete bezeichnet werden. Es macht unrechtmäßiges Verhalten auf staatlicher Seite weitgehend gerichtlich überprüfbar. Ein weiteres Schlüsselproblem ist das Justizsystem. Die chinesische Justiz ist weder unabhängig, noch gut ausgebildet oder ausreichend bezahlt. Korruption und Willkür gehören somit auch in diesem zentralen Bereich der Rechtsdurchsetzung zum Alltag. Im Rahmen der Reform des chinesischen Justizsystems wurden im Berichtszeitraum an einem Gerichtsorganisationsgesetz und an einem Gerichtsprüfungsgesetz gearbeitet. Weiter reichende systemische Probleme offenbaren sich insbesondere in der Rolle der Partei. Während der Parteisekretär einer jeden Regierungsebene mehr Entscheidungsbefugnis als ein entsprechender Regierungsvertreter besitzt, muss jeder Richter seine Entscheidungen von den entsprechenden Parteistellen absegnen lassen. Sich der Probleme durchaus bewusst, hat die VRC 2005 das

UN-Korruptionsgesetz ratifiziert und arbeitet zudem an einem eigenen Anti-Korruptionsgesetz sowie einem Geldwäschegesetz.

Zu den Vorgaben des 11. Fünfjahresplans passen neben der Verbrauchssteuerreform von 2006 und einem sich noch in Arbeit befindlichen Gesetz zur Förderung der Westgebiete verschiedene Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer. Vorgesehen sind Revisionen des Gewerkschafts- und Arbeitsgesetzes sowie die Ausarbeitung eines Beschäftigungsgesetzes. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei der Überarbeitung des chinesischen Arbeitsrechts zu, welches von chinesischer Seite bereits jetzt als das strengste Arbeitsrecht der Welt bezeichnet wirdⁱⁱⁱ. Es deckt in der Form des Entwurfs vom März 2006 verschiedene Angelegenheiten wie Entlassung, Trennungsgeld, Arbeitsunterbrechung, Hilfskräfte und das Wettbewerbsrecht ab.

Weiterhin umfassen die geplanten Initiativen ein Kartellgesetz, ein Finanzgesetz, ein Telekommunikationsgesetz und ein neues Sachenrecht als Teil des neuen chinesischen Zivilgesetzbuchs, welches sich systematisch stark an das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) anlehnen wird. Die Reformen im Rechtsbereich können somit als ausgesprochen stringent bezeichnet werden und vollziehen sich zügig. Ihre Wirksamkeit scheint hingegen aufgrund der bereits erläuterten Probleme äußerst begrenzt.

Auf den Gebieten der Menschenrechte und der Pressefreiheit kommt es in der VRC nach wie vor zu massiven Repressionen, die im weltweiten Vergleich einige traurige Rekorde aufweisen. Selbst Anstrengungen in diese Richtung schlagen sich bislang nicht in einer verbesserten Lage nieder. Hoffnung macht die Ankündigung, bis 2008 den internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte zu ratifizieren. In den vergangenen Monaten sorgte insbesondere das Thema Religionsfreiheit für Aufsehen. Im Jahr 2006 kam es zu einer heftigen Kontroverse mit dem Vatikan über erneute Bischofsernennungen ohne Einverständnis des Vatikans. Wie auch in Tibet verfolgt die chinesische Regierung mit der Organisation einer christlichen Staatskirche eine wenig kompromissfreie Kooptionsstrategie: Indem sie die Entwicklung einer christlichen Kirche unter Regierungskontrolle fördert, entzieht sie unabhängigen christlichen Gemeinden die Legitimität.

Nichtsdestotrotz wurde im Jahr 2005 immerhin ein Weißpapier zur Demokratie in China veröffentlicht. In ihm wird Chinas Weg zur Demokratie beschrieben, wobei der Anspruch auf universelle Geltung und die Übertragbarkeit historisch gewachsener westlicher Konzepte für China bestritten werden. Während derartige Darstellungen selbst unter chinesischen Intellektuellen nur wenig ernst genommen werden, entwickeln insbesondere andere autoritäre Entwicklungsländer in dieser Hinsicht eine erstaunliche Solidarität.

Eine zentrale Rolle spielt dabei auch der erwähnte Glaubwürdigkeitsverlust der USA nach den Menschenrechtsverletzungen in Abu Ghraib und Guantanamo.

Der chinesischen Bürger- bzw. Zivilgesellschaft mag zwar eine zunehmende Bedeutung bei der Bewältigung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zugestanden werden, ihre institutionelle Absicherung ist allerdings noch in weiter Ferne. Das bestätigen die für das Jahr 2006 erwarteten neuen Richtlinien für Gesellschaftsorganisationen, die keine wesentlichen Neuerungen enthalten. Existenz und Handlungsspielräume chinesischer Nichtregierungsorganisationen (NROn) hängen von dem Ermessen der Behörden ab; NROn werden nur bei systemkonformem Verhalten geduldet. Wesentlich sind nach wie vor Patronagenetzwerke. Finanziert werden die NROn fast ausschließlich vom Ausland. Zwar hat sich in den mittlerweile recht wohlhabenden Städten Chinas durchaus eine moderne Bürgergesellschaft herausgebildet, die sich ihrer Rechte bewusst ist. Allerdings sind die wenigsten Bürger politisch interessiert oder gar aktiv. Zu ernst zu nehmender Unzufriedenheit sowohl in den Städten als auch auf dem Land kommt es bislang lediglich bei willkürlichen Enteignungen und der immer spürbarer werdenden Umweltverschmutzung. Letzteres ist auch das Feld, auf dem die meisten chinesischen NROn arbeiten.

Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

Im Jahr 2004 hat die Stiftung eine Studienreise von chinesischen Vertretern aus den Kreisen von Regierung, NRO und Universitäten nach Deutschland organisiert. Diese Veranstaltung im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialogs führte 2005 zu einer umfassenden Publikation über NROn in Deutschland mit Beiträgen der Delegationsmitglieder. Weiterhin fand im November 2005 die Auftaktveranstaltung für einen langfristigen politischen Dialog mit zwei Think Tanks der KPCh in Peking statt. Einen Beitrag besonderer Art stellte das Heinrich-Böll-Symposium in Shanghai und die damit verbundene Ausstellung dar, welche in Anwesenheit René Bölls eröffnet wurde und verschiedene Themen aus Heinrich Bölls Werk mit Aspekten der chinesischen Wirklichkeit in Verbindung setzt.

4. Umwelt- und Energiepolitik

Nach Angaben der staatlichen Umweltschutzagentur SEPA (State Environmental Protection Administration) kosten Umweltschäden die VR China mittlerweile etwa 10% des jährlichen Bruttosozialprodukts v. Kaum ein Gebiet Chinas verfügt noch über saubere Luft oder Gewässer, der Grundwasserpegel hat einen historischen Tiefstand erreicht und jährlich nehmen Lebensraum und landwirtschaftliche Nutzfläche in dramatischem Ausmaß ab. Dazu kommen

Unfälle und Naturereignisse erheblichen Ausmaßes, wie z.B. die Verseuchung des Songhua 2005, der biologische Kollaps des größten Sees in Nordchina, Baiyangdian, im Jahr 2006 und die von Jahr zu Jahr immer heftigeren Sandstürme über dem Nordosten.

Während man in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang stets von einer notwendigen Übergangsperiode gesprochen hat, manifestiert sich im neuesten Fünfjahresplan ein neues Problembewusstsein (s.o.1.). Dadurch alleine lassen sich die massiven Probleme indessen nicht lösen, auch hier sind es in erster Linie systemische Probleme und widersprüchliche Politiken, die wenig Hoffnung auf Erfolg machen: Einerseits soll die SEPA als „watchdog“ agieren und Umweltsünden aufdecken, andererseits hat sie nicht den vollen Status eines Ministeriums und verfügt nur über äußerst begrenzte Macht und Ressourcen. Einerseits sollen die Regierungen Umweltkontrollen durchführen, andererseits kontrolliert niemand die Regierungen bei der Ausübung dieser Aufgaben und die Bezahlung von Bestechungsgeldern ist immer noch an der Tagesordnung. Einerseits hat man ein Weißbuch zur Umwelt erarbeitet und will nachhaltig wirtschaften, andererseits ist die wirtschaftliche Entwicklung am Bruttosozialprodukt gemessen weiterhin oberstes Primat auf jeder Regierungsebene.

Durch diese beispielhafte Aufzählung von Problemen wird deutlich, dass auch in der Umweltpolitik eine grundsätzliche Neuorientierung der politischen Landschaft geboten ist. Ansätze dazu lassen sich vereinzelt entdecken, zuletzt bei den Vorhaben, Umweltschäden in Zukunft in der einen oder anderen Form in das jährliche BSP einzurechnen und Beförderungen von Regierungsverantwortlichen nicht mehr allein vom erreichten Wirtschaftswachstum abhängig zu machen. Inzwischen nutzen betroffene Bürger immer häufiger die in diesem Bereich ausdrücklich zur Berichterstattung aufgeforderte Presse, um ihren Anliegen erfolgreich Gehör zu verschaffen.

2005 fand in Peking die 2. Konferenz zu Erneuerbaren Energien (BIREC) statt. Nach der 2004 in Bonn stattgefundenen Auftaktkonferenz fiel die BIREC eher enttäuschend aus. Immerhin gab die chinesische Regierung anlässlich der Eröffnung der BIREC die Zielvorgabe aus, bis 2020 10% ihrer gesamten Energien aus erneuerbaren Quellen beziehen zu wollen. Das chinesische Gesetz für erneuerbare Energien lehnt sich stark an das deutsche an und entsprechende Durchführungsverordnungen sind in Arbeitvi. Auch wenn die Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien beträchtlich und richtungweisend sind, so werden fossile Energieträger auch in Zukunft die Hauptrolle spielen. Der vorgesehene Energiemix sieht insbesondere deutlich mehr Kernkraft vor, um den Luftbelastungen durch Kohle zu entgehen. Ein weiteres Problem ist Wasserkraft, denn so nachhaltig diese auf der einen Seite

sein mag, so schwerwiegend sind die Umweltfolgen auf anderen Gebieten. Im Berichtszeitraum sorgten der fertig gestellte Dreischluchtenstaudamm und der zu stauende Nu-Fluss für Schlagzeilen. Auch die Anrainer des Mekong klagen über Wasserknappheit.

Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Stiftung war im Jahr 2005 anlässlich der BIREC Mitorganisator eines Energieworkshops für NROn und eines Energieforums für die so genannten Länder des Südens. Weiterhin wurde ein Dialog zwischen hochrangigen Stakeholdern der EU und China zum Thema Energieinvestitionspolitik initiiert. Daneben wurden im Berichtszeitraum verschiedene Projekte zur Umweltbildung gefördert.

5. Ausblick

Chinas gegenwärtige Entwicklungsphase ist durch zahlreiche, ernsthafte und vielfältige Probleme gekennzeichnet. Die bisher erzielten Ergebnisse zur Überwindung der Schwierigkeiten bleiben weit hinter den guten Absichten zurück - ohne tief greifende politische Reformen ist keine Besserung zu erwarten. Politische Reformen sind indessen nicht in Sicht, auch wenn sich progressive Kräfte innerhalb des Establishments hörbar dafür einsetzen. An der Dynamik der chinesischen Integration in die Weltgemeinschaft werden die genannten Probleme auch mittelfristig nichts ändern. Mit dem wirtschaftlichen Bedeutungszuwachs Chinas haben sich geopolitische Verschiebungen zu seinen Gunsten eingestellt, mit denen Peking bislang in verantwortungsvoller Weise umgeht.

In Zukunft werden sich jedoch häufiger globale Konkurrenzsituationen ergeben, in denen die VR China angesichts eigener innen- und energiepolitischer Probleme zunehmend rücksichts- und verantwortungsloser agieren könnte. Vor diesem Hintergrund wird sich die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in China -im Rahmen ihrer Möglichkeiten- auf die innen- und energiepolitischen Probleme der VRC konzentrieren: So wird die Stiftung im Themenbereich Wirtschaft und Soziales ein Projekt zu unternehmerischen Verantwortung (CSR) unterstützen, das die Probleme von Arbeitnehmerschutz, Umwelt und Gender adressiert und durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Zivilgesellschaft und staatlichen Regulierungsbehörden neue Strategien entwickelt. Im Bereich Rechtsentwicklung und Rechtsstaatlichkeit wird sich die Stiftung mit den neuen Richtlinien für NROn beschäftigen und an der Ausarbeitung der begleitenden Durchführungsbestimmungen beteiligen. Ein zentrales Umweltprojekt ist die Einführung von Kriterien der Nachhaltigkeit in die Berechnung des Bruttosozialprodukts, ein Projekt das auch außerhalb Chinas neue Impulse vermitteln könnte. Parallel dazu wird der politische Dialog weitergeführt und Chi-

nas Rolle als Handelsmacht in der Weltwirtschaft thematisiert. Geplant ist zudem ein langfristig angelegter Austausch über die Rolle von Medien und Alltagskultur für die gesellschaftlichen Reformen in China.

ⁱ Handelsblatt, Montag, 14. März 2006

ⁱⁱ Caijing Nr. 155, S. 36; Caijing Niankan 2006, S.20 ff.

ⁱⁱⁱ Vgl. <http://www.winfuture.de/news,24833.html>, 12.06.2006

^{iv} Vgl. ai Jahresbericht 2005 und Jahresbericht 2005 der Organisation Reporter ohne Grenzen

^v Vgl. chinadigitaltimes.net/2006/06/pollution_costs_equal_10_of_chinas_gdp_shanghai_daily.php - 43k, 12.06.2006. Anders die Weltbank, die von lediglich 7,7 % spricht.

^{vi} Vgl. ausführlich www.exportinitiative.de/media/article006024/1_F.%20Haugwitz_GTZ.pdf